



Hufeisern gegen Rechts informiert: Neonazi-Gruppe „Der III. Weg“ in der Hufeisensiedlung am Werk!

Während die Neuköllner AfD zzt. mit internen Auseinandersetzungen beschäftigt ist, versucht eine andere rechte Gruppierung in das Vakuum zu stoßen und um die Rolle eines volksnahen Kümmerers der „wirklichen Bürgerinteressen“ zu buhlen.

Mit Flugblättern zur Mietentwicklung, zur Einbruchskriminalität, zur angeblichen Flüchtlingsflut an der deutschen Ostgrenze und zur Errichtung einer drohenden Diktatur mittels der Infektionsschutzverordnungen und -gesetze bemüht sich die Kleinpartei „Der III. Weg“, aus ihrer bisherigen Katzentischrolle im Konzert der rechten Stimmungsmacher hervorzutreten.

Was verbirgt sich hinter der Partei „Der III. Weg“?

Gegründet 2013 von Mitgliedern verbotener neofaschistischer Verbände und ehemaligen Mitgliedern der NPD versteht sich die Partei als ein Zusammenschluss von Kadern, die demokratische Spielregeln des Parlamentarismus als ein dem deutschen Wesen artfremdes System ansehen. Ersetzen wollen sie es durch einen autoritären Staat. Dieser soll weitgehend unabhängig von ausländischen Importen und unter Ausweisung der nach Deutschland zugewanderten Bevölkerung eine auf nationale Identität beruhende Gesellschaft bilden. Der hier verwendete Volksbegriff entspricht einer völkischen Vorstellung, wonach „das Volk“ als Abstammungsgemeinschaft innerhalb gemeinsamer Wertvorstellungen und mit einem gemeinsamen Schicksal definiert wird, das sich klar von „wesensfremden“ Individuen abgrenzt.



Daher drohe den Deutschen innerhalb der heutigen ethnisch vielfältigen Bundesrepublik Deutschland „der Volkstod“. Die Übernahme der nationalsozialistischen Vorstellung vom Rassenstaat ist offenkundig. Auch in anderen Programmpunkten des „III. Wegs“ spiegelt sich die Nähe zum Gesellschaftsbild der NSDAP wider.

Nicht nur auf internationalem Gebiet sollen Bündnisabkommen wie die Mitgliedschaften in der NATO oder der EU gekündigt werden, sondern auch auf nationalem Gebiet sollen lediglich die Interessen von deutschstämmigen Bürgerinnen und Bürgern Berücksichtigung finden. So wird ausdrücklich gefordert, dass das Recht auf persönliches Eigentum, auf freie Religionsausübung, auf Wohnraum, auf medizinische Versorgung, auf Bildung, Kultur und Freizeit sowie auf Altersversorgung nur für deutschstämmige Personen gelten darf.

Wie rückwärtsgewandt und wirklichkeitsfremd dieses Gesellschaftsmodell ist, zeigt sich an den raumpolitischen Vorstellungen der Partei. Mithilfe eines großen Umsiedlungsprogramms sollen durch Rück- und Umbau Ballungszentren mit mehr als 100.000 Einwohnern aufgelöst und eine

vermehrte Ansiedlung auf dem Land angestrebt werden, unter Sicherstellung des familiären Nutzens von Grund und Boden. Damit soll eine im nationalsozialistischen Sinne „artgerechte“ Lebensweise von Mensch und Natur wiedererlangt werden, zur „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“. Diese Bemühungen um eine naturnahe Lebensweise sind nicht in erster Linie Ausdruck eines ökologischen Bewusstseins, sondern werden vielmehr innerhalb eines völkischen „Blut-und-Boden-Konzepts“ gedacht. Demnach ist gerade die heimische, mit dem Volk angeblich unmittelbar verbundene Natur ausschlaggebend für dessen Lebensart, Kultur, Gesellschaft und Entwicklung. Nur ausgehend von der „eigenen Scholle“ könne ein Volk sich seinem Wesen gemäß entfalten. Diese Vorstellungen schließen damit Menschen anderer Herkunft kategorisch aus.

Da die Zuwanderung in die Bundesrepublik als „Überfremdung“, als „drohender Volks-tod“, also als Untergangsszenario bezeichnet wird, entsteht mit dem Bild des Endkampfes um den Erhalt der „biologischen Substanz des Volkes“ ein geschichtsrevisionistisches, zutiefst rassistisches und antisemitisches Weltbild, das dem Nationalsozialismus entnommen ist.

Die Partei stellt sich selbst als Hüterin der öffentlichen Ordnung dar. Der Staat wird in der Regel als schwächliches und korruptes System dargestellt, das sein Volk angeblich nicht schützt, sondern im Gegenteil dessen Interessen verrät.

Der „III. Weg“ versteht sich als Bewahrer einer genuin deutschen Identität, deren Rettung aufgrund ihrer allseitigen Bedrohung den Einsatz von Gewalt erfordert.

Der III. Weg in der Öffentlichkeit

Dass der „III. Weg“ es nicht nur bei martialischen Propagandamaterialien und -aufmärschen belässt, sondern bereit ist, Gewalt gegenüber Andersdenkenden und Zuwanderern einzusetzen, zeigen ihre Aktionen in jüngster Zeit:

❖ In ihren Flugblättern, in denen sie reale Probleme wie Mangel an sozialem Wohnraum, Mieten, Arbeitslosigkeit und Armut sowie Kriminalität aufgreifen, wird Hass gesät und zur Gewalt aufgerufen. Vereinfacht werden alle sozialen Missstände auf einen Verursacher zurückgeführt: die ausländischen kapitalkräftigen Drahtzieher, die mit dem Instrument der Zuwanderung, sei es in Form von kriminellen Spekulanten, sei es in Form von mittellosen „Sozialbetrügnern“, das deutsche Volk ausplündern und zugrunde richten. Bei diesem als „Kolonisierung Deutschlands“ bezeichneten Angriff auf die „Volksinteressen“ spielen die demokratischen Parteien und ihre Politiker die Rolle einer 5. Kolonne, die sich in egoistischer Weise ihre materiellen Privilegien sichern und dem Treiben der aus- und inländischen Räuber tatenlos zusehen oder dieses noch unterstützen. In einer Sprache, die der des Nationalsozialismus entnommen ist, wird anstelle des Begriffs „Jude“ der des „kriminellen Ausländers“ verwendet. Entsprechend der NSDAP-Propaganda gilt auch für den „III. Weg“ der Grundsatz, dass die Hasspropaganda als Aufruf zur Tat gelten muss.

❖ Flüchtlingsunterkünfte werden angezündet und als „Freudenfeuer“ nationaler Einstellungen kommentiert.

❖ Bürger und Bürgerinnen, die äußerlich nicht dem Bild der Neonazis vom „deutschen Menschen“ entsprechen, werden auf offener Straße angegriffen und z. T. schwer verletzt.

❖ Im Wahlkampf wurden Politiker und Politikerinnen demokratischer Parteien bedroht, vor Parteibüros von „Bündnis 90 /die Grünen“ hängte der „III. Weg“ Plakate mit der Parole „Hängt die Grünen“ auf.

❖ Die Kandidaten für das Bundeskanzleramt Scholz, Laschet und Baerbock wurden als blutbesudelte Puppen auf öffentlichen Plätzen ausgelegt.

❖ In letzter Zeit werden auch Privatpersonen, die sich gegen Rassismus und Neonazismus öffentlich engagieren, mit Drohanrufen und Drohbriefen schikaniert.

❖ In gemieteten Ladenlokalen werden Lebensmittel und Kleidung an Bedürftige ausgegeben,

die eine deutsche Herkunft nachweisen können, Menschen mit Migrationsbiographien wird diese Unterstützung verweigert.

❖ In mehreren Gemeinden Brandenburgs Sachsens, und Thüringens sowie an der deutsch-polnischen Grenze patrouillieren bewaffnete Mitglieder der Partei als „nationale Streifen“, um die weißen deutschen Bürger dort zu schützen, wo es nach Meinung des „III. Weges“ Gefahrenpotentiale gibt und der Staat nicht agiert.

❖ Bei den „Freiheitsdemonstrationen“ gegen die Infektionsschutzverordnungen sind es häufig Mitglieder des „III. Weges“, die die Konfrontation mit der Polizei suchen, um anschließend die von ihnen initiierten Auseinandersetzungen als diktatorischen Maßnahmen des Staates gegenüber der Bevölkerung in ihren Medien abzubilden. Die Instrumentalisierung der Impfgegner und -skeptiker, die der „III. Weg“ betreibt, wird in ihrem Aufruf zur Beteiligung an den Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Infektionsschutzmaßnahmen deutlich: Die Protestierenden seien „Deutsche, die mit dem System abschließen und einen Wandel wollen. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser Wandel der Weg zum Deutschen Sozialismus sein wird.“ Es gehe darum, die nationale Weltanschauung zu verbreiten, denn nicht das Virus sei „das Problem, sondern das System. Und das System zu bekämpfen, sehen wir als Nationalisten als unsere oberste Pflicht.“

❖ Im Ukraine-Krieg steht der „III. Weg“ im Gegensatz zur Mehrheit der mit Russland liebäugelnden rechtsextremen Szene auf der Seite der Ukraine. Die Partei hält

bereits seit Jahren Kontakt zu dem rechtsextremen Freiwilligenregiment „Asow“. Schon 2017 berichtete der „III. Weg“ von einem Besuch in Kiew bei der „Asow“-Bewegung und dem „Nationalen Korps“. Gemeinsam mit Rechtsextremen verschiedener Länder standen die deutschen Neonazis beim „Marsch der Nation“ auf der Straße, der von ukrainischen Nationalisten veranstaltet wurde. Auch in den Folgejahren beteiligte sich die Partei an dem Marsch und vernetzte sich in Kiew auf einer „Reconquista“-Konferenz mit anderen Rechtsextremen aus dem Ausland. „Während der Kämpfe in der Ukraine stehen Nationalisten an vorderster Front“, jubelt der „III. Weg“ auf seiner Web-Seite. Bei den „ukrainischen Brüdern“ sei der „Widerstandswillen noch lange nicht gebrochen“.

Der Grund für diese Positionierung findet sich im Rassismus des „III. Weges“. Russland als „Vielvölkerstaat“, in dem Asiaten, Juden und Muslime ihren Platz hätten, steht für den „III. Weg“ als Inbegriff einer zersetzten und damit zum Niedergang verurteilten Gesellschaft. Im Gegensatz dazu wird die Ukraine als rassistisch sauberes Kulturvolk gesehen, das sich gegen die russischen Assimilationsabsichten wehrt. Entsprechend feiert der „III. Weg“ das „Asow“-Regiment als „bewaffneten Arm der nationalen Bewegung“, der sich in einem „heldenhaften Kampf um die Freiheit“ der Ukraine befinde. Dieser Kampf drückt sich nicht nur im Widerstand gegen die russischen Invasoren aus, sondern auch in dem Vorgehen der ukrainischen Rechtsextremen, die „gegen alles kämpfen, was sie schädigt und ihre Zukunft zerstört“: Spielkasinos würden angegriffen, Genderaktivismus „militant bekämpft“, für die Jugend gebe es „Ausbildung an der Waffe“.



Zwar bezeichnet die Partei den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski als „korrupt und jüdisch“. Man stehe aber nicht zur Regierung, sondern zu den dortigen Nationalisten – und diese hätten die „mittelfristig größten Potenziale“ in Europa.

Die militante rechtsextreme „Asow“-Bewegung stellt für den „III. Weg“ eine Orientierungsgröße dar. Seit ihrer Gründung propagiert die Partei auch hierzulande beständig Widerstands- und Umsturzaufrufe, bildet ein Auffangbecken für Militante.



Damit ist der „III. Weg“ inzwischen zum radikalsten und aktivsten Posten der rechts-extremen Szene in Deutschland avanciert. Das bestätigt auch der Brandenburger Verfassungsschutz: „Der III. Weg sucht klar eine Führungsrolle in der rechts-extremistischen Szene. (...)“

Gleichzeitig ist sie mit ihrer Ideologie und Gewaltbereitschaft besonders gefährlich.“ Und das bisher fast gänzlich ungestört.

Was ist zu tun?

Auch wenn „Der III. Weg“ zahlenmäßig als Kleinstpartei anzusehen ist, die in Neukölln nicht mehr als 10 und in Berlin etwa 70 Mitglieder umfasst, also zzt. politisch keine bedeutende Rolle spielt, so stellen diese Mitglieder aufgrund ihrer Radikalität und ihrer menschenverachtenden, gewaltträchtigen Auffassung für jeden Demokraten eine individuelle Gefahr dar.

Daher empfiehlt es sich nicht, Mitgliedern dieser neonazistischen Vereinigung vereinzelt gegenüberzutreten und sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Gegen rechte Gewalttäter hilft nur die gemeinsame, solidarische Antwort.

Wenn Aktivitäten von Neonazis wahrgenommen werden, so sollten diese zeitlich und inhaltlich festgehalten und weitergeleitet werden. Viele der neonazistischen Aktivitäten sind strafbare Handlungen. Dies gilt nicht nur für persönliche Beleidigungen oder tätliche Angriffe, sondern auch für die Verwendung nationalsozialistischer Symbole und offen diskriminierende Redewendungen. Die wahrgenommenen Aktivitäten können Sie bei der Polizei anzeigen.

Wenn Sie sich nicht direkt an die Polizei wenden wollen, können Sie diese Informationen auch an unsere Initiative „Hufeisern gegen Rechts“ über unsere E-Mail-Adresse weitergeben: hufeisern@posteo.de. Wir sagen Ihnen nicht nur Vertraulichkeit zu, sondern überlegen auch mit Ihnen, ob es sinnvoll erscheint, an die Öffentlichkeit zu treten und in welcher Form dies geschehen könnte. Oberster Grundsatz unserer Überlegungen ist und bleibt der Schutz und die Sicherheit der Person, daher machen wir unsere Unterstützung immer von deren Entscheidung abhängig.

Wichtig ist aber, dass die latente Bedrohung in unserer Umgebung wahrgenommen wird und niemand sich allein gelassen fühlt.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich gemeinsam zu unterstützen, und sei es auch nur ein entlastendes Gespräch.

Gegen Menschenverachtung, Ausgrenzung und Gewalt setzen wir unsere Solidarität und ein demokratisches Miteinander als wesentliches Merkmal unserer Siedlung.